

ben. Also Herr Oldenburg vom BIOst in Köln, ein vorzüglicher Sachkenner, der zu diesem Thema vieles publiziert hat. Der zweite wäre dann Herr Gasteyer, sicherlich auch in diesem Kreise schon durch seine Tätigkeit und seine zahlreichen Publikationen auf diesem Gebiete bekannt. Schließlich rechts von mir Herr Bingen, der auch im BIOst tätig ist und seit Jahren als vorzüglicher Sachkenner der polnischen Politik und der deutsch-polnischen Beziehungen sehr bekannt ist. Lieber Herr Oldenburg, bitte schön.

Dipl.-Pol. Fred Oldenburg: Danke schön, Herr Vorsitzender. Ich danke wie alle anderen ebenfalls für die Ehre, hier sprechen zu dürfen. Ich knüpfe an das an, was Professor Schöllgen vorhin schon ausgeführt hat. Der Handlungsspielraum sowjetischer Deutschlandpolitik in der Vereinigungsphase des Jahres 1990 wurde von vier Rahmenbedingungen konstituiert: 1. vom internationalen System; 2. von der sich wandelnden Perzeption dieses Systems durch die sowjetischen Führer; 3. von der Dialektik sowjetischer Innen- und Außenpolitik; 4. vom Zusammenbruch des hierarchischen Verhältnisses zwischen der Hegemonialmacht UdSSR und ihren Satelliten.

Als Faktoren dieser Rahmenbedingungen wirkten: 1. die seit Ende der 70er Jahre nachweisbare Veränderung der Korrelation der Kräfte zugunsten der USA, des Nordatlantischen Vertragssystems und der EG; 2. der politische und wirtschaftliche Niedergang des parteimonopolistischen Sozialismus sowohl in der Sowjetunion und den ostmitteleuropäischen Staaten wie auch in der DDR; 3. die durch Lernprozesse ausgelöste, radikal veränderte Sicht wichtiger sowjetischer Politiker von der Rolle der beiden deutschen Staaten für Sicherheit und Wohlfahrt der UdSSR; 4. der von der liberalen Schule getragene und geprägte Versuch eines Teiles der Moskauer Entscheidungsträger, Realpolitik neu zu definieren und moralische Kategorien in Innen- und Außenpolitik zur Geltung zu bringen, einmal die antistalinistische Revolution, zum anderen das „neue Denken“; 5. die zunehmende Stärke wie auch die kontinuierliche Friedfertigkeit der zivilen Revolutionen in Osteuropa (außer Rumänien), darunter besonders in der DDR; und 6. die Erkenntnis, daß die SED-Herrschaft sich ab November/Dezember 1989 im „freien Fall“ befand.

Zu den seinerzeit durchaus instrumentalisierbaren Faktoren sowjetischer Deutschlandpolitik rechne ich folgende: 1. die anfänglich starke Bindung der UdSSR an die DDR und deren Einbindung in ein originäres Parteien-, Militär- und Wirtschaftsbandnis, dem Warschauer Vertrag und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; 2. die militärische Truppenpräsenz von 340.000 sowjetischen Soldaten in der DDR; 3. die Fortgeltung der Vorbehaltsrechte, der Viermächterechte für Deutschland. Alle diese Instrumente standen der Sowjetunion zur Verfügung. Hinzu kam 4. die Adaptation des internationalen Systems an die deutsche Teilung. Die Bipolarität und die in ihr aufgehobene Zweistaatlichkeit Deutschlands wurde aus realpolitischen Motiven, außer in den USA, als Element des „langen Friedens“, um ein Wort von Gaddis zu benutzen, verstanden. Alle diese Instrumente hatten aber offenbar nur eine be-

grenzte Reichweite und wurden im Prozeß der Vereinigung für die sowjetischen Führer obsolet.

Als wesentliche Instrumente wurden im Verlauf des Jahres 1990 eingesetzt: 1. das sowjetische Zustimmungsrecht zu den äußeren Aspekten der Vereinigung, insbesondere vom Friedensvertrag zur einvernehmlichen friedensvertraglichen oder Friedensregelung; 2. die Forderung nach Rücksichtnahme auf die Schwäche der Perestrojka und ihrer Protagonisten. Doch dies geschah natürlich in der Zwei-plus-Vier-Verhandlungsetappe bzw. der finalen Phase sowjetischer Deutschlandpolitik.

Zwischen dem Sturz Honeckers, dem Fall der Mauer im November 1989 und der Ratifizierung der Deutschland betreffenden Verträge im April/Mai 1991 veränderte sich der Handlungsspielraum der Sowjetunion dramatisch. Die Optionen wurden angepaßt, teilweise verändert, überwiegend zurückgenommen: 1. Der Erhalt der Teilung Deutschlands im „gemeinsamen europäischen Haus“ durch Förderung einer DDR-Perestrojka nach dem Sturz Honeckers, Setzen auf eine längere Phase europäischer und deutscher sozialökonomischer Teilung bei Stimulierung der Aufhebung der Trennung im Haus Europa; 2. Stützung der Krenz-Führung und energische Warnung an die Adresse Bonns vor einer Destabilisierung der DDR, dann Anpassung an den Verfall der Prärogative in Berlin, zunehmendes Begreifen der Unfähigkeit der Honecker-Nachfolger; 3. Schüren der Besorgnisse in einigen westeuropäischen Staaten vor einer schnellen Vereinigung Deutschlands, in diesem Zusammenhang der gescheiterte Versuch, die Viermächterechte über Deutschland zu beleben, um den Prozeß der Vereinigung abzubremsen und den Zehn-Punkte-Plan Kohl/Teltschik zu konterkarieren; 4. nachdem dies versagte: Hinnahme der unvermeidlichen Destabilisierung in der DDR, späte Stützung von Konföderationsplänen; 5. nahezu unbedingte Zustimmung zur inneren Einheit Deutschlands im Februar 1990; 6. Versuch in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, eine längere, ca. fünfjährige Übergangsphase durch Entkoppelung von innerer und äußerer Vereinigung zu legen, die Obergrenze der deutschen Armee auf unter 300.000 Mann zu beschränken und Deutschland zu denuklearisieren; 7. der Versuch, die NATO-Erweiterung auf Ostdeutschland zu verhindern durch eine Vielzahl von Angeboten wie Neutralisierung Deutschlands, französischer Status Deutschlands in der NATO, Doppelmitgliedschaft in beiden Militärallianzen, längere Anwesenheit der alliierten Streitkräfte, Abzug ausländischer Truppen, und schließlich, kompromißfähig, eine Zone verminderter Sicherheit für Ostdeutschland. Und schließlich Akzeptanz des vereinigten Deutschlands in einer gewandelten NATO.

Dabei gab es zugegebenermaßen durchaus schwierige Haltepunkte, die ein Scheitern der äußeren Regelung nicht ausschlossen: a) die Festlegung des Politbüros der KPdSU vom 3. Mai 1990, die sich in den Vorschlägen von Schewardnadse in Bonn am 5. Mai 1990 niederschlug, insbesondere in dem Vorschlag der Entkoppelung von innerer und äußerer Vereinigung; b) das ausführliche, viele Punkte umfassende „Grundprinzipienpapier“ des nach Moskau

am 13. Mai zurückgekehrten stellvertretenden Außenministers Kwizinskij, der früher Botschafter in Bonn war, welches über das Politbüro den Außenminister bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen am 22. Juni 1990 in Berlin festlegte. Dazwischen lag die unklare und unterschiedlich interpretierbare Zustimmung Gorbatschows vom 31. Mai in Washington, Deutschland könne seine Bündnizugehörigkeit frei wählen, und ich darf ergänzen, Herr Schöllgen, hier spielte insbesondere das Argument von Bush mit der KSZE-Schlußakte eine ganz wesentliche Rolle. Übrigens ist es interessant, wie stark Schewardnadse und Gorbatschow sich vom Politbüro, von der Dritten Europäischen Abteilung des Außenministeriums und dem ZK-Apparat abgekoppelt hatten und signalisierten, sie würden weiter gehen als in ihren offiziellen Stellungnahmen. Dieses ist ein sehr merkwürdiger Vorgang; ich gehe darauf ausführlich in meinem Langpapier ein, das ich der Kommission zur Verfügung stellen möchte und ihrer Aufmerksamkeit empfehle, insbesondere auf diese sehr merkwürdige Position Schewardnades, der der Vorreiter war (s. Anlage 1). Dem folgte c) ein überhasteter Rückzug von diesem Zugeständnis von Washington Ende Mai 1990 und eine neue „Obstruktionsphase“, um eine These des ausgezeichneten Buches von Rafael Biermann, das gerade vorgelegt worden ist, zu verwenden.

8. Erst der Pyrrhussieg Gorbatschows – Pyrrhussieg auf dem XXVIII. Parteitag vom 2.-13. Juli, der aber im Grunde genommen die Putschphase seiner Gegner vorbereitete – gab dem Generalsekretär und seinem lädierten Außenminister die Möglichkeit zum autoritären Führungsstil und zum sensationellen Durchbruch von Archyz am 16. Juli 1990.

9. Nach diesem kaum voraussehbaren Kompromiß begann allerdings erneut das Feilschen um wirtschaftliche Zugeständnisse von der deutschen Seite, das bis unmittelbar vor dem 12. September 1990 andauerte. Wenn es schließlich zum für die Deutschen ungewöhnlichen diplomatischen Erfolg kam, dann wohl vor allem, weil das diplomatisch-juristische Denken der Sowjets durch einen deutsch-sowjetischen Nachbarschaftsvertrag und weitere Truppen- und Überleitungsverträge inhaltlich befriedigt wurde und vor allem, weil die Bundesrepublik zu vertretbaren, wenn auch aus sowjetischer Sicht kaum ausreichenden wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit war. Die finanziellen Nachforderungen der Sowjets waren der bitteren inneren Not geschuldet. Sie dienten aber auch der Akzeptanz in der sowjetischen politischen Klasse, was mit Blick auf den Ratifizierungsprozess bedeutsam war. In dieser Zeit bereitete sich bereits unübersehbar eine schwere Krise der Perestrojka vor, die in dem Rücktritt des Außenministers Schewardnadse Ende Dezember 1990 ihren Höhepunkt fand. Wenn die Ratifikation der Verträge gelang, dann lag dies zum einen an der Alternativlosigkeit, die, wie ich meine, zu dieser Zeit bestand; zum anderen aber, und dies sollte nicht unterschlagen werden, an der Zurückhaltung und Anpassung des traditionalistischen Flügels unter Falin, Kwizinskij, den Vertretern des KGB und auch der sowjetischen Streitkräfte. Damit deutete sich ein damals durchgehendes Interesse an einer neuen ökonomischen und sicherheitspolitischen Kooperation mit dem vereinten Deutschland an. Und ich darf daran erinnern, daß ein Teil der sowjetischen Elite sich bereits

mit der Niederlage des Kommunismus abgefunden hatte und sich zumindest partiell auf dem Weg in den Kapitalismus befand.

Fragt man nach der Rationalität der sowjetischen Zugeständnisse, so dürfte klar sein, daß angesichts der tektonischen Verschiebungen der Korrelation der Kräfte, des Abstiegs der ehemaligen Supermacht, der schweren Wirtschaftskrise, der zunehmenden nationalen Konflikte in der Sowjetunion, des Zusammenbruchs der DDR und der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa sowie der galoppierenden Schwindsucht der Perestrojka Gorbatschow geradezu gezwungenermaßen auf die Bundesrepublik Deutschland, auf die Vereinigung setzen mußte. Die Erfahrung einer der UdSSR und Rußland wohlgesonnenen deutschen Bevölkerung, ich darf an das Erlebnis Gorbatschows vom Juni 1989 in Bonn erinnern, und die Abschwächung der antideutschen Ressentiments bei den Nationen der Sowjetunion, Stichwort Generationswechsel, erleichterten Gorbatschow die persönliche Wende. Das von Brandt und Schmidt, Scheel und Genscher nach 1969 angehäuften Kapital des Moskauer Vertrages von 1970 hatte sich akkumuliert und ausgezahlt. Dazu hatte nicht zuletzt auch die deutsche Wirtschaft beigetragen. Hinzu kam seit 1988 ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen den obersten Repräsentanten der UdSSR und der Bundesrepublik.

In Bezug auf den Beginn der Entwicklung zur Vereinigung Deutschlands muß bereits die objektive systemische Erschöpfung der Sowjetunion noch einmal hervorgehoben werden, die eine wirtschaftliche Rettung oder auch nur Stützung der DDR 1989/90 ausschloß, dagegen eine verstärkte Anbindung der UdSSR an die Bundesrepublik objektiv nahelegte. Dies mag zusätzlich erklären, warum sich die sowjetische Führung gegen den Erhalt der DDR um jeden Preis, z. B. den Preis der Gewaltanwendung, aussprach. Dies hätte auch dem zunehmend inhaltlich ausgedehnten Konzept der „Freiheit der Wahl“ einfach widersprochen, nämlich der Akzeptanz abweichender Sozialismusmodelle und unterschiedlichen Systemwandels in Osteuropa bis hin zur unerwarteten Hinnahme des Systemwechsels, über den Dieter Bingen ja noch sprechen wird.

Hinzu kamen die nur chaostheoretisch erklärbare persönliche Überanspannung und Ablenkung der Moskauer Führung, Folge der Wirtschaftskrise, der nationalen Konflikte im Kaukasus, der Abspaltungstendenzen im Baltikum, sowie der Aufstieg des liberalen Hauptopponenten Jelzin und des von ihm geführten Rußland, ein anwachsender, unerfüllbarer Erwartungshorizont der Bevölkerung sowie die Entwicklungen in Osteuropa, die in die gleiche Richtung wiesen, nämlich außenpolitische Bürden seitens Moskaus abzuwerfen. Dennoch nahm seit Februar 1990 der Widerstand der Traditionalisten gegen Gorbatschows und Schewardnadses Außenpolitik nachweisbar zu. Selbst ein Umsturz war nicht auszuschließen, wenn auch die prägenden Muster zugunsten der Machterhaltung des Präsidenten und des Generalsekretärs wirkten. Wesentlicher, weil schon zuvor geschehen, war jedoch die auch ethisch fundierte Absage an den Einsatz militärischer Mittel zur Rettung des sozialistischen Vorpostens. Unterstützend wirkte dabei die allgemeine Richtung des „neuen

Denkens“, das zur Auflösung von geostrategischen „Vorposten“ und Konfliktzonen, zur Kooperation anstelle von Konfrontation mit den demokratischen Gesellschaften, vor allem mit den USA, begründet worden war. Zur Analyse der subjektiven Faktoren gehört unbedingt eine Wertung der drei unterschiedlichen Denkschulen, der traditionalistischen Schule, der zentristischen Schule und der progressiven Schule, sowie eine Einschätzung der tragenden sowjetischen Persönlichkeiten. Herr Professor Jacobsen hat dies ja auch gefordert. Dabei könnte deutlich werden, daß in der Deutschlandfrage Außenminister Schewardnadse noch vor Gorbatschow einen Wechsel vom zentristischen zum progressiven Flügel vollzog. Gorbatschow, dem meiner Meinung nach dennoch die zentrale Rolle zukommt, prägte einen Stil großer Gesten, die nachträglich der Detailausgestaltung bedurften und zu widersprüchlichen und komplizierten Nachverhandlungen zwangen. Das führte nun wiederum zu einem ungewöhnlich intensiven diplomatischen Austausch zwischen den westlichen Alliierten und der Bundesrepublik, bei dem stets die Gefahr bestand, die UdSSR könne sich erneut isolieren und den Ereignissen nachlaufen.

Nicht unterschätzt werden sollte ein neues Herangehen an die internationalen Probleme, ich möchte das immer wieder unterstreichen, weil dies die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Allianzen und die Transformation der Militärbündnisse förderte. Letztlich aber waren die innenpolitische Entmachtung der Partei, d. h. der führenden Gremien der KPdSU, und die autokratische Entscheidungsmacht des Präsidenten ab Juli 1990 die personelle Voraussetzung für ein kaum erwartetes Nachgeben der sowjetischen Seite in der NATO-Beitrittsfrage.

Ein wichtiges Motiv für die finale Zustimmung zur Vereinigung im Juli 1990 und in der Ratifikationsphase März/April 1991 war die durchaus begründete Zuversicht, Deutschland werde als Brücke nach Westeuropa, zur Integration in die Weltwirtschaft, zur Mitgliedschaft in den G-7 dienen. Aber auch weitere realpolitische Motive mögen eine Rolle gespielt haben. Nach notierten Berichten Falins, die Sie im PDS-Parteiarchiv nachlesen können, glaubte Gorbatschow, durch die Vollmitgliedschaft Deutschlands in der NATO dem alten sowjetischen Ziel näher zu kommen, die westliche Allianz zu zerstören. Das mag eine Interpretation von Falin sein, aber sie könnte durchaus Gorbatschows Denken widerspiegeln. Berater im Umkreis Gorbatschows geben die damals gehegte Illusion einer „Achse Moskau-Berlin“ wieder, über die zwischen Kohl und Gorbatschow gesprochen worden sei; so Tschernjajew in einem Zeitungsartikel im August 1997.

Ich komme damit zum Schluß. Unter dem Eindruck der Implosion der SED-Herrschaft und entgegen vorherrschender Prognose in Politik und Wissenschaft, und ich schließe mich dabei nicht aus, hob die Sowjetunion im Zeitraum Februar-Juli 1990 ihre vierzig Jahre vorgetragene prioritäre Teilungsoption auf und paßte ihre Handlungsspielräume so weit an, daß das zuvor überwiegend als bedrohlich empfundene Deutschland beim Abschluß des Vereini-

gungsprozesses zum wichtigsten Kooperationspartner der UdSSR und schließlich des neuen Rußlands werden konnte. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Oldenburg, sehr herzlichen Dank für Ihre so differenzierte Analyse. Wir werden hoffentlich dann nach dem Mittagessen die Möglichkeit haben, den einen oder anderen Aspekt hier zu diskutieren. Wir fahren gleich in unserer Präsentation fort. Herr Wolfgang-Uwe Friederich von der Universität Hildesheim ist soeben aus Chicago eingeflogen und sitzt neben mir und hat das Wort.

Professor Dr. Wolfgang-Uwe Friedrich: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Herren Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich danke Ihnen zunächst für die Einladung und will im folgenden fünf kurze Thesen zur amerikanischen Deutschlandpolitik und staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands 1990 vorstellen und dann in der Kürze der Zeit knapp begründen.

These 1

In keinem Land ergab sich seitens der Regierung, des Parlaments und der öffentlichen Meinung ein vergleichbar hohes Maß an Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung wie in den USA.

These 2

Die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit und unter Beibehaltung der Westbindung der Bundesrepublik, einschließlich der NATO-Mitgliedschaft, entsprach den vitalen Interessen und den Grundwerten der amerikanischen Außenpolitik.

These 3

Die USA haben sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stets zur deutschen Einheit bekannt und, als die Chance zur Realisierung bestand, diese entschlossen genutzt.

These 4

Die amerikanische Deutschlandpolitik orientierte sich in ihren Zielen und Inhalten an der Bundesrepublik Deutschland. Die USA entwickelten zwar seit 1984 eine eigene DDR-Politik, diese scheiterte jedoch an der Intransigenz der DDR. Die polnische Westgrenze galt den USA seit 1945 als politisch und seit der KSZE-Schlußakte von 1975 auch als juristisch geregelt.

These 5

Die schnelle Lösung der äußeren Probleme der deutschen Einheit wurde unter der Voraussetzung der Erosion der sowjetischen Macht nur durch die strategische Partnerschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika möglich.